

Forderungsschreiben an Minister Faßmann – Einwände gegen Schulerlässe

Die *Familienallianz* hat zusammen mit der [Kinderschutz – Initiative Vorarlberg](#) ein [Schreiben](#) an Minister Faßmann gerichtet und Einwände gegen zwei Schulerlässe (Sexualpädagogik und „Gleichstellung“) erhoben und Forderungen gestellt.

Wir wenden uns aufgrund der gegebenen Aktualität der Überprüfung von außerschulischen Aufklärungsvereinen mit der dringenden Bitte um eine Neukonsolidierung des Grundsatzerlasses Sexualpädagogik sowie eine Beendigung der derzeit unrechtmäßigen Aufklärungspraxis durch externe Sexualpädagogen an Herrn Minister Faßmann.

Unsere Plattform dokumentiert zahlreiche Elternberichte, die von ihren durch schulischen Sexualunterricht verstörten Kindern berichten. Wir haben immer wieder hier auf dieser Seite [berichtet](#).

Der Fachbeirat unseres Vereines und der Kinderschutz – Initiative Vorarlberg ist zur Erkenntnis gekommen, dass unter anderem gegen das Schulrecht und gegen das Indoktrinationsverbot verstoßen wird. Lesen Sie hier unsere Forderungen an das Bildungsministerium im Original: [Schreiben an Bundesminister Dr. Faßmann](#)

Zusammenfassend fordert die Familienallianz eindringlich Minister Faßmann auf,

- den Grundsatzerlass Sexualpädagogik durch ein wissenschaftliches Komitee namhafter Experten aus sämtlichen Fachbereichen im Hinblick auf die dargestellten Probleme zu überarbeiten und

- die Familienallianz bezgl. der Benennung der personellen Zusammensetzung zu konsultieren bzw. eine transparente, interdisziplinäre Vorgehensweise der Benennung einzuschlagen;
- ein Rechtsgutachten über die dargelegten verfassungsrechtlichen Probleme beim Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes in Auftrag zu geben;
- einen Erlass betreffend die Anwendung des Beutelsbacher Konsens/Indoktrinationsverbot betreffend die Sexualerziehung zu verabschieden sowie
- die Outsourcing-Praxis von externen Aufklärungsvereinen rechtskonform zu gestalten und vollkommene Transparenz der Sexualerziehungsunterlagen sowie der Unterrichtsgestaltung zu fordern.

Gleichzeitig erging das Schreiben an alle [Bildungsdirektoren](#), an das [Kabinett](#) von Kanzler Sebastian Kurz und den Verfassungsdienst.